https://blz.li/3upt

LeineBlitz
blitzschnell informiert

PRIORITÄT FÜR KLIMASCHUTZ: MEHRHEITSGRUPPE FORDERT ÄNDERUNGEN FÜR LAATZEN

Veröffentlicht am 01.11.2019 um 12:14 von Redaktion LeineBlitz

Nachhaltige Veränderungen der kommunalen Entscheidungen mit Auswirkungen auf den Klima- und Umweltschutz fordert die Gruppe SPD-Grüne-Linke-Faull-Scheibe im Rat der Stadt Laatzen. . In einem Antrag hat die Mehrheitsgruppe präzise Ziele für die Stadt Laatzen formuliert. "Mit diesem Antrag bestimmen wir, dass Maßnahmen zur Klimaverbesserung höchste Priorität haben," beschreibt Mathias Krüger, Vorsitzender der Grünen-Fraktion, die Zielsetzung und stellt fest: "Bisher ergriffene Maßnahmen reichen nicht annähernd aus, um notwendige Klimaschutzziele zu erreichen. Dies erfordert deutlich größere Anstrengungen in der Zukunft auch für uns in Laatzen." Zu den vorgeschlagenen Maßnahmen zählt die Vorgabe, dass die Stadt Laatzen ab sofort die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische Nachhaltigkeit bei jeglichen davon betroffenen Entscheidungen berücksichtigt. Die Stadt muss in ihrem Handeln künftig jene Maßnahmen bevorzugen, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken und somit den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen. Deshalb aktualisiert die Stadt Laatzen ihre Klimaschutzziele entsprechend der wissenschaftlichen Erkenntnisse. Über die Fortschritte, aber auch eventuelle Schwierigkeiten bei der Senkung von Emissionen wird die Stadt regelmäßig berichten.Zur Unterstützung der Kommunen wie zum Beispiel der Stadt Laatzen wird ein nationales Förderprogramm "Masterplan Klimaschutz Kommune" durch den Bund und das Land Niedersachsen gefordert. Bei ihren Beratungen hat sich die Mehrheitsgruppe auch durch den Jugendbeirat der Stadt Laatzen beeinflussen lassen. Laatzens SPD-Vorsitzender Harald Zietz: "Der Jugendbeirat hat in seiner Juni-Sitzung einen Antrag zum Klimanotstand beschlossen, der uns bei den Beratungen wesentlich geleitet hat. Wir erkennen die gute Vorarbeit des Jugendbeirats ausdrücklich an und möchten seine Arbeit mit diesem Antrag unterstützen." Die Mehrheitsgruppe bezeichnet den Klimawandel und seine existenzbedrohenden Folgen für die Menschheit als derzeit größte und wichtigste gesellschaftliche Aufgabe. Mathias Krüger (Grüne), Heinz Scheibe und Jan-Maximilian Teiwes (SPD) aus der zuständigen Arbeitsgruppe: "Der Klimawandel ist nicht nur ein Umweltproblem: Er ist ein Wirtschafts-, Sicherheits-, Gesundheits- und Artenschutzproblem und eine Gefahr für den Frieden. Deshalb muss gehandelt werden." Nach der Beratung im Fachausschuss wird der Antrag am 21. November im Rat entschieden.